

Kleine Anfrage

des Abg. Oliver Hildenbrand GRÜNE

und

Antwort

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen**

Bilanz des bundesweiten Aktionstags gegen politische Hasspostings am 22. März 2022 in Baden-Württemberg

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Objekte in welchen Städten und Gemeinden sind beim bundesweiten Aktionstag gegen politische Hasspostings am 22. März 2022 in Baden-Württemberg insgesamt durchsucht worden?
2. Wie viele Personen welchen Alters und Geschlechts gehören zu den Beschuldigten im Rahmen der aktuell laufenden Ermittlungsverfahren?
3. Aufgrund welcher Straftaten wird gegen diese Personen ermittelt?
4. Welche Beweismittel wurden im Zuge der Durchsuchungen sichergestellt und zu welchen strafrechtlich relevanten Erkenntnissen hat deren Auswertung geführt?
5. Sind die Geschädigten im Rahmen der aktuell laufenden Ermittlungsverfahren auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene tätig?

28.3.2022

Hildenbrand GRÜNE

Begründung

Hasspostings machen einen großen Teil der Straftaten im Bereich der Hasskriminalität aus – in Baden-Württemberg genauso wie bundesweit. Nach Angaben des aktuellen Sicherheitsberichts des Landes Baden-Württemberg entfielen im Jahr 2021 von den insgesamt 883 Straftaten im Bereich der Hasskriminalität rund 47,7 Prozent auf Hasspostings im Internet. Damit ist der Anteil der Hasspostings im Vergleich zum Vorjahr nochmals gestiegen (2020: rund 43 Prozent). Der Aktionstag am 22. März 2022 richtete sich laut Innenministerium gezielt gegen Verfasserinnen/Verfasser politischer Hasspostings, die sich vor allem gegen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger richten. Mit dieser Kleinen Anfrage soll die Bilanz des Aktionstags in Baden-Württemberg genauer beleuchtet werden.

Eingegangen: 28.3.2022/Ausgegeben: 27.4.2022

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Antwort

Mit Schreiben vom 20. April 2022 Nr. 3-0141.5-240/40 beantwortet das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz und für Migration die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Objekte in welchen Städten und Gemeinden sind beim bundesweiten Aktionstag gegen politische Hasspostings am 22. März 2022 in Baden-Württemberg insgesamt durchsucht worden?

Zu 1.:

Am bundesweiten Aktionstag gegen Hasspostings am 22. März 2022 erfolgten in Baden-Württemberg insgesamt zwei Durchsuchungen. Diese fanden in Karlsruhe und Neuffen, Landkreis Esslingen, statt.

2. Wie viele Personen welchen Alters und Geschlechts gehören zu den Beschuldigten im Rahmen der aktuell laufenden Ermittlungsverfahren?

Zu 2.:

Bei den Beschuldigten handelt es sich um drei Frauen und drei Männer. Die Frauen waren zum Durchsuchungszeitpunkt im Alter von 48, 63 und 68 Jahren sowie die Männer zum Durchsuchungszeitpunkt im Alter von 32, 57 und 58 Jahren.

3. Aufgrund welcher Straftaten wird gegen diese Personen ermittelt?

Zu 3.:

Den Ermittlungsverfahren gegen die in Frage 2 genannten Personen liegen Verstöße gegen folgende Strafvorschriften zugrunde:

- § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen),
- § 185 StGB (Beleidigung),
- § 188 StGB (Gegen Personen des politischen Lebens gerichtete Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung).

4. Welche Beweismittel wurden im Zuge der Durchsuchungen sichergestellt und zu welchen strafrechtlich relevanten Erkenntnissen hat deren Auswertung geführt?

Zu 4.:

Bei den Durchsuchungen wurden Mobiltelefone, ein PC und ein Tablet sichergestellt.

Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen, weshalb Angaben zu strafrechtlich relevanten Erkenntnissen derzeit nicht möglich sind.

5. Sind die Geschädigten im Rahmen der aktuell laufenden Ermittlungsverfahren auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene tätig?

Zu 5.:

Die Geschädigten der unter Frage 3 aufgeführten Straftaten sind bzw. waren auf Bundes- und Landesebene tätig. In einem Fall ist auch ein Bezug des Postings zu einem Politiker eines anderen Staats gegeben.

In Vertretung

Klenk

Staatssekretär